

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

**Ettlinger Zeitung. 1949-1973
1950**

257 (18.11.1950)

ETTLINGER ZEITUNG

Erscheinungsweise: Täglich mittags außer sonntags — Durch die Post 2.20 DM, zuzüglich 54 Pfg. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pfg. — Frei Haus 2.50, im Verlag abgeholt 2.20 DM

Badischer Landmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Anzeigenpreise: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Dpf. — (Preisliste Nr. 1) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

2./51. Jahrgang

Samstag, den 18. November 1950

9r. 257

Bis Frühjahr 10 000 Mann

Stuttgarter Polizeibesprechungen erfolgreich
Stuttgart (UP). Bei einer viertägigen Besprechung von Polizeifachleuten des Bundes und der Länder in Stuttgart wurde — wie die Verhandlungsteilnehmer auf einer Pressekonferenz erklärten, Übereinstimmung in der Frage der organisatorischen Gliederung der künftigen Bereitschaftspolizei der Länder erzielt.

Nach den jetzt ausgearbeiteten Vorschlägen sollen die Bewerber für die Bereitschaftspolizei zwischen 10 und 22 Jahre alt sein. Die Einstellungsverträge der Besetzten werden wahrscheinlich auf sieben Jahre lauten. Die Bewerber werden vor ihrer Einstellung einer eingehenden charakterlichen und politischen Überprüfung unterworfen. Die Bereitschaftspolizei, die bis zum Frühjahr 1951 10 000 Mann umfassen soll — wird nach dem jetzigen Vorschlägen den Ländern unterstellt, die Einzelheiten werden jedoch in einem Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern geregelt.

Krise in evangelischer Kirche?

„Fall Niemöller“ birgt Gefahren

Berlin (UP). Als „äußerst ernst und kritisch“ bezeichnen unterrichtete Kreise die augenblickliche Lage der Evangelischen Kirche Deutschlands im Zusammenhang mit der gegenwärtig in Berlin-Spandau tagenden Kirchenkonferenz. Im Zusammenhang mit dem „Fall Niemöller“ richten sich die Befürchtungen dieser Kreise vor allem auf die Gefahr einer Spaltung innerhalb der obersten Kirchenleitung.

Als „befriedigend“ bezeichnete Kirchenpräsident Niemöller die bisherigen Verhandlungen der Kirchenkonferenz. Er lehnte ebenso wie Bischof Dibelius jeden weiteren Kommentar bis zum Abschluß der Tagung ab. Der heilige Kirchenpräsident erklärte jedoch, daß er „ein gutes Ende“ erhoffe.

Die Landesbrüder der Bekennenden Kirche der Sowjetzone legten der Kirchenkonferenz eine Entschließung vor, die eine vorsichtig formulierte Solidaritätserklärung für Niemöller darstellt.

„Ost-west-deutsches Treffen“

Dertinger auf Leipziger Großkundgebung
Berlin (UP). Auf einer Massenkundgebung der Nationalen Front in Leipzig forderte DDR-Außenminister Dertinger, unter dem Beifall von 15 000 Kundgebungsteilnehmern, daß sich die Vertreter Ost- und Westdeutschlands zusammenschließen und auf der Grundlage der Prager Beschlüsse über die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands beraten sollen.

Falkenhäuser rettete Menschenleben

Widerstandsgruppe bedroht Verleumdung
Brüssel (UP). Im Prozeß gegen den ehemaligen Militärgouverneur von Belgien und Nordfrankreich Generaloberst von Falkenhäuser sagte Prinzessin Rasputin aus, daß eine große Anzahl von belgischen Patrioten vom Tod errettet worden seien, nach dem sie für diese bei Falkenhäuser interveniert habe. Die italienische Prinzessin — eine geborene Belgierin — fügte hinzu, daß es ihr unter anderem gelungen sei, dem früheren belgischen Minister Terhaeren (einer der Anwälte Falkenhäusers), während der Besatzungszeit aus dem Gefängnis herauszuholen. Sie wurde im Jahre 1943 von der Gestapo verhaftet und in das Konzentrationslager Ravensbrück eingewiesen. Dort blieb sie bis zum Kriegsende.

Gräfin Elisabeth d'Ursel sagte aus, ihr Sohn John und dessen Frau seien im Jahre 1943 von der Gestapo verhaftet worden, da in ihrem Chateau „inkriminierende Widerstandsdokumente“ gefunden worden seien. Falkenhäuser sei es durch Verabredungen gelungen, die Hinrichtung der beiden zum Tod Verurteilten abzuwenden. Sie wurden später in das Konzentrationslager Dachau gebracht und von den Amerikanern befreit.

Falkenhäusers Anwalt, Botsch, gab dem Militärgericht bekannt, daß er einen anonymen Brief von einer Widerstandsgruppe erhalten habe, in dem er „mit dem Tode bedroht“ werde.

Ein Augenzeuge stellt fest. Einer der beiden französischen Fliegeroffiziere, die sich an Bord des Sowjet-Flugzeuges befanden, das von einem US-Jagdflugzeug „angegriffen“ worden sein soll, erklärte, daß die sowjetische Beschuldigung jeder Grundlage entbehre.

„Weltfriedenskonferenz“ jetzt in Warschau.
Der „Zweite Weltfriedenskonferenz“, der ursprünglich in der britischen Stadt Sheffield abgehalten werden sollte, begann mit festlichem Geplärr in der Hauptstadt Polens.

Kypten verbietet Demonstrationen. Das ägyptische Innenministerium hat alle Demonstrationen verboten, nachdem in den letzten beiden Tagen bei Studentenunruhen ein Todesopfer und ungefähr 40 Verletzte zu beklagen waren.

Ausnahmestand über Bolivien verhängt. Über ganz Bolivien wurde nach Aufdeckung einer Verschwörung von der Regierung der Ausnahmestand verhängt.

Vorzeitig den Thron bestiegen. Angesichts des chinesischen Einmarsches in Tibet wurde der 18-jährige Dalai Lama zwei Jahre früher als üblich in die volle Regierungsgewalt über Tibet eingesetzt.

Nur ein gesundes Europa . . .

Truman warnt vor Einschränkung der Marshall-Hilfe - „Demokratie kann alle Probleme meistern“

Washington (ZSH/UP). Präsident Truman warnte den Kongreß davor, die Wirtschaftshilfe für Westeuropa einzuschränken. Nur wenn die Wirtschaft der westeuropäischen Länder gesund sei, könne der Kommunismus erfolgreich bekämpft werden.

Die industrielle wie die landwirtschaftliche Produktion Westeuropas habe durch den Marshallplan eine Höhe wie noch nie zuvor erreicht. Die industrielle Erzeugung sei in den 16 Marshallplan-Ländern gegenüber der Vorkriegszeit um 24 Prozent gestiegen. Die landwirtschaftliche Erzeugung habe ebenfalls den Vorkriegsstand überschritten. Der europäische Export sei um 20 Prozent und der intereuropäische Handel um 17 Prozent höher als vor dem Kriege.

Über Westdeutschland ist einem von Truman zitierten ECA-Bericht zu entnehmen, daß die ECA während des zweiten Vierteljahres 1950 der Bundesrepublik die Erlaubnis erteilte, 779 Millionen DM aus dem Gegenwertfonds abzuziehen. Darunter befinden sich 464 Millionen DM „zur Finanzierung eines vorgesehenen deutschen Investierungsprogramms“. Der größte Teil der Gegenwertmittel werde für die Landwirtschaft, zum Bau von Kraftwerken, zur Steigerung der Industrieproduktion sowie zum Ausbau des Verkehrswesens benötigt. Kleinere Gegenwertmittel dienten überdies der Förderung des Fremdenverkehrs, der Flüchtlingsbetreuung und der Finanzierung wichtiger Vorhaben in Berlin.

Durch die Entwicklung der Marshallplan-Hilfe, so betonte Truman, hätten die Völker Westeuropas das Vertrauen zu der demokratischen Staatsform wiedergefunden. Die Be-

völkerung dieser Länder habe sich davon überzeugen können, daß die Demokratie in der Lage sei, alle wirtschaftlichen und politischen Probleme zu meistern.

„Schauplatz: Europa“

Der Chef des Stabes der amerikanischen Luftstreitkräfte, General Vandenberg, erklärte, Europa sei der Schauplatz, auf dem die Entscheidung im Konflikt mit der Sowjetunion fallen werde. Die Vereinigten Staaten könnten die Anfangskosten der westeuropäischen Verteidigung übernehmen, aber, fuhr der General fort, „der Verteidigungswille Europas kann nicht mit amerikanischen Dollars gekauft werden. Wie großzügig unser Beitrag zur gemeinsamen Verteidigung auch ausfällt und wie groß die von uns übernommenen Verpflichtungen, Truppen zu stellen, auch sein mögen, so kann letzten Endes Westeuropa in der Hauptsache nur von den Westeuropäern verteidigt werden.“

Die Vereinigten Staaten müßten, so sagte der Stabschef zum Schluß, auf dem europäischen Schauplatz eine gutausgewogene Land-, See- und Luftmacht unterhalten. Die Luftmacht allein könne die Sowjets nicht abhalten.

„Nicht ohne Deutsche“

General Bradley, der Chef des gemeinsamen amerikanischen Generalstabes, erklärte, dem deutschen Volk müsse eine Möglichkeit gegeben werden, sich im Falle eines Angriffes auf die Westmächte selbst verteidigen zu können. Er gab jedoch zu, daß Frankreich die Wiederaufrichtung einer deutschen Armee fürchte. Trotzdem sei es undenkbar, daß Engländer, Franzosen und Amerikaner die Elbe-Linie verteidigten, ohne daß sich daran auch die Deutschen beteiligten.

Straßburg im Zeichen der Gegensätze

Europarat legt unter schlechten Vorzeichen - Mollet legt Amt als Hauptauschuss-Berichterstatter nieder

Straßburg (UP). Der Beginn der einwöchigen Tagung der Beratenden Versammlung des Europarates stand unter einem schlechten Vorzeichen. Es war unverkennbar, daß die vorhandene Spaltung zwischen den Delegationen der 15 Mitgliedstaaten sehr erheblich ist und daß die beiden einflussreichsten Delegationen — Großbritannien und Frankreich — sich als „Führer“ zweier getrennter Lager gegenüberstehen, die durchaus keine Anzeichen zur Kompromißbereitschaft erkennen lassen.

Die Differenzen sind grundlegender Art. Von französischer Seite wird darauf bestanden, daß die Versammlung eine wirkliche parlamentarische Autorität besitzen muß, während die britische Delegation auf der Beibehaltung der ausschließlich beratenden Funktion besteht.

Offensichtlich wurden die dadurch aufgetretenen Schwierigkeiten, als der französische Sozialistenführer Guy Mollet, als Berichterstatter des wichtigen politischen Ausschusses zurücktrat und mit diesem Schritt seinen Protest gegen die Haltung Großbritanniens zu erkennen gab. Er sehe keine Möglichkeit mehr für die Erreichung einer Übereinstimmung und er lege sein Amt nieder, um völlige Freiheit zur Bekundung seiner eigenen Meinung zu haben.

Als „politisch falsch, psychologisch ungeschickt und moralisch ungerichtet“ bezeichnete der Präsident des Exekutiv Ausschusses des Europarates, Frenay, die bisherige französische Haltung in der Frage einer deutschen Beteiligung an einer Europa-Armee. Er warnte vor dem „gefährlichen Gedanken“, die Bundesrepublik in einer kommenden Europararmee nicht gleichberechtigt mitwirken zu lassen.

Rat der Republik billigt
Die Außenpolitik der französischen Regierung wurde, wie aus Paris verlautet, von Rat der Republik (dem französischen Oberhaus) nach mehr als siebenstündiger Debatte mit 171 gegen 142 Stimmen gebilligt. Außenminister Schuman hatte vor der Abstimmung u. a. erklärt, es bestünden gute Aussichten, daß die Westmächte sich über die Grundzüge des französischen Plans einigen würden, der die Schaffung einer europäischen Armee unter Einschuß deutscher Verbände — jetzt von Brigadestärke — vorsehe.

Saarland — zweites Luxemburg?

Bedeutende französische Überlegenheit
Saarbrücken (UP). In politischen Kreisen des Saarlandes wurde eine Äußerung des französischen Senators Debre stark beachtet, der für das Saarland ein Statut forderte, das demjenigen Luxemburgs ähneln müsse. Wenige Stunden nach dieser Erklärung bei der Ratifizierung der Saarkonvention im französischen Senat, sprach sich der Hobe Kommissar im Saarland, Grandval ebenfalls für die Souveränität des Saarlandes und für die Verständigung Frankreich-Deutschland aus. Auch die Gespräche über einen mög-

lichen Verteidigungsbeitrag des Saarlandes — 6000 Mann starke Verbände, die ähnlich den luxemburgischen organisiert werden sollen — beweisen verschiedene saarländischen Kreisen, daß die französische Politik an der Saar keineswegs mit dem Hintertgedanken einer Annexion spiele, sondern vielmehr für den zukünftigen Status des Saarlandes sich Luxemburg als „Muster“ nehme.



Polizeimajor und General a. D. Anton Grasser
der künftige Polizeibeauftragte des Bundes, erklärte in einem Interview, er werde in der nächsten Woche nach Bonn fahren, um sich über die ihm zugewiesenen Aufgaben unterrichten zu lassen. Seiner Meinung nach dürften ihm vorwiegend polizeilich-organisatorische Aufgaben zugewiesen werden. Grasser legt besonderen Wert auf die Feststellung, daß er sich ausschließlich mit polizeilichen Fragen befassen werde und daß in seinen Augen Militär und Polizei grundsätzlich zwei verschiedene Dinge seien.

Bevin kommt Anfang Dezember. Der britische Außenminister Bevin wird Westdeutschland während des Wochenendes vom 8. bis 11. Dezember besuchen.

Kirkpatrick besuchte Kardinal Frings. Der britische Hobe Kommissar, Sir Ivone Kirkpatrick, stattete dem Kölner Erzbischof Kardinal Frings einen Höflichkeitbesuch ab.

Kriegsgefangenen - Kommission erwogen.
Mrs. Eleanor Roosevelt erklärte, daß die Westmächte gegenwärtig erwägen, in der Vollversammlung der UN die Bildung einer Kommission zu beantragen, die nach dem Schicksal der in der Sowjetunion verbliebenen Kriegsgefangenen forschen soll.

Zwischen Krieg und Frieden

Washington (UP). Aus gutunterrichteten Kreisen wird berichtet, daß der Plan zur Schaffung einer demilitarisierten Zone entlang der mandschurisch-koreanischen Grenze bildenden Yaluflusses ein immer größeres Interesse in den Vereinigten Staaten gewinnt. Man betont dabei, daß dieser Plan die beste Möglichkeit böte, einen Krieg zwischen den Vereinigten Staaten und seinen Alliierten gegen die Sowjetunion und das kommunistische China zu verhindern.

Auf der Suche nach einer friedlichen Lösung des Koreakonflikts scheinen die Westmächte bereit zu sein, der chinesischen Delegation, die zu Beginn der nächsten Woche in New York erwartet wird — um an der Diskussion über die Formosafrage und über die Vertretung Peipings bei den UN teilzunehmen —, Pläne zur Schaffung einer neutralen und entmilitarisierten „Puffer“-Zone zwischen Korea und der Mandschurei zu verhandeln. Die jüngsten Erklärungen Trumans, Achesons und Bevin haben einen solchen Versuch, die unheilichere Lage im Fernen Osten zu entspannen, aus dem Stadium der bloßen Vermutung ernsthaft in den Bereich des Möglichen, um nicht zu sagen des Wahrscheinlichen, gerückt. Es dürfte kaum noch ein Zweifel darüber bestehen, daß Großbritannien und die Vereinigten Staaten einen solchen Kompromißplan besprochen haben und entschlossen sind, ihn den chinesischen Delegierten — wenn auch zunächst vielleicht nur in „privaten“ Gesprächen — nahe zu bringen.

Die große Schwierigkeit dabei liegt in der Frage, wer einen solchen „Puffer“-Streifen besetzen soll. Gegen eine Besetzung durch die Chinesen wird sich vor allem General McArthur sträuben, da die Kommunisten dadurch praktisch die nachträgliche Erlaubnis für eine flagrante Verletzung des Territoriums einer Nachbarnation erhielten. Umgekehrt dürfte sich die Peiping Regierung wohl kaum mit einer Besetzung des Streifens durch UN-Truppen einverstanden erklären, weil eine solche Regelung dem Vordringen der alliierten Streitkräfte an die mandschurische Grenze gleichkäme.

Als Ausweg aus diesem Dilemma sollen, wie meist gutinformierte Londoner Kreise wissen wollen, zwei Alternativen vorgeschlagen werden:

1. Die „Freizone“ wird überhaupt nicht militärisch besetzt; eine Lösung, bei der freilich die Gefahr besteht, daß ein solches „Vakuum“ kaum von längerer Dauer sein würde.
2. Asiatische Streitkräfte, die sich beispielsweise aus südkoreanischen, philippinischen und siamesischen Truppen zusammensetzen könnten, besetzen den „Puffer“-Streifen.

Sowohl in Washington wie in London werden zur Zeit alle Möglichkeiten überprüft, um das Gebiet der Kampfhandlungen einzuschränken und ein volles militärisches Engagement in China zu vermeiden. Der britische Verteidigungsminister Shinwell erklärt vor dem Unterhaus, Großbritannien werde alles in seiner Macht Stehende tun, um die Feindseligkeiten einzudämmen und zu beenden. Auch Winston Churchill warnte die Westmächte, sich nicht absehr auf China und die umliegenden Gebiete zu verließen. „In einer Zeit, in der die Gefahr für Europa alle Gedanken in Anspruch nehmen sollte“, gleichzeitig versicherte Präsident Truman in einer Erklärung erneut, daß die Vereinigten Staaten keinen Angriff auf chinesisches Gebiet planten.

Man wird abwarten müssen, wie sich Mao Tse Tung zu solchen Vorschlägen stellen wird. Erschwerend dürfte bei diesem ganzen Fragenkomplex ins Gewicht fallen, daß das kommunistische China seinerseits mit drei Forderungen aufwartet. Hinsichtlich der ersten, auf sofortige Zulassung der Peiping Regierung zu den Vereinten Nationen, sind kaum ernsthafte Schwierigkeiten zu erwarten, nachdem von maßgebender amerikanischer Seite erklärt wurde, daß die USA gegen eine Aufnahme Rotchinas kein Veto einlegen würden. Was die zweite Forderung — Anerkennung der Oberhoheit Peipings über Formosa — anbelangt, so hält man in Kreisen westlicher Diplomaten auch hier ein Kompromiß nicht für ausgeschlossen. Man könne, so wird argumentiert, quasi als Übergangslösung eine Neutralisierung Formosas erklären und die Insel unter den Schutz der UN stellen, der ja Rotchina dann ebenfalls angehören würde. Um so schwieriger freilich scheint die dritte Forderung, nämlich die nach Zurückziehung der fremden Truppen aus Korea. Aber auch hier könnte, so meinen die oben erwähnten Kreise, vielleicht eine Einigung erzielt werden, indem man die amerikanischen Truppen aus Korea zurückziehe und dort nur eine „internationale Polizeitruppe“ stationiere, die sich aus Angehörigen kleinerer, besonders asiatischer Län-

der zusammensetzen müsse. Da diese Verbände unter der UN-Flagge stünden, so hätte das kommunistische China auch hier eine gewisse Aufsichtsmöglichkeit.

In welcher Form und Weise die Westmächte den Kompromißplan einer „Puffer“-Zone auch zur Debatte bringen werden — eines dürfte heute schon feststehen: Die chinesische Antwort kann die Entscheidung darüber bringen, ob sich der koreanische Konflikt lokalisieren läßt oder den Auftakt zu einem möglichen dritten Weltkrieg geben wird. Sind die Chinesen tatsächlich nur über den Vormarsch einer fremden Armee so nahe an ihrer Grenze besorgt, dann dürfte der westliche Vorschlag zweifellos eine brauchbare Grundlage für eine friedliche Lösung bilden. Ein prinzipielles „Nein“ dagegen ließe letzten Endes nur den einen Schluß zu, daß der koreanische Konflikt den Vorwand zum Beginn des „großen“ Krieges geben soll. Bezeichnend, wenn auch nicht von Bedeutung, ist in diesem Zusammenhang, daß der südkoreanische Außenminister Bonill in dem westlichen Vorschlag einer neutralen Grenzzone „energisch“ ablehnen zu müssen glaubte, bevor er überhaupt offiziell gemacht wurde.

Als Hoffnungsdimmer in dem ansonsten trüben Gesamtbild der Lage kann man vorerst die Tatsache ansehen, daß Peiping bis jetzt die Fiktion aufrecht erhielt, es handele sich bei den in Korea kämpfenden chinesischen Truppen nur um „Freiwillige“. Mao Tse Tung kann also — wenn er will — sich immer noch von dem Geschehen distanzieren, ohne dabei „sein Gesicht zu verlieren“. ZSH

Am Bande bemerkt

Alle Jahre wieder ...

Es hat durchaus den Anschein, als ob es auch in diesem Jahre noch eine geraume Weile dauern werde, bis sich die zuständigen Stellen in Bonn über die steuerrechtliche Behandlung der Weihnachtsgratifikation geeinigt haben. Im vorigen Jahr wußte 14 Tage vor dem Fest noch kein Mensch, welcher Betrag eigentlich als steuerfrei galt. Die Folge war, daß erst Mitte Dezember, zum Teil auch noch später, eine Auszahlung seitens der Unternehmer vorgenommen werden konnte. Nach den Erfahrungen des Jahres 1949 war eigentlich zu erwarten, daß die Legislative ihre Unfähigkeit zur fristgerechten Bearbeitung einfacher Dinge diesmal nicht erneut beweisen würde. Was aber geschieht statt dessen? Mitte November erst wird der Bundesfinanzminister vom Kabinett beauftragt, die Zustimmung zu einer Verordnung einzuholen, wonach die lohnsteuerfreie Grenze von 100 auf 200 DM erhöht werden soll. Die SPD andererseits beantragt 200 DM als steuerfrei. Vier Wochen vor Weihnachten also beginnt das Ringen des Finanzministers mit den im Bundesrat sitzenden Ländervertretern. Wie diese sich 1950 zu den Plänen der Bundesregierung verhalten werden, ist noch nicht abzusehen.

Es steht somit heute schon fest, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer erneut verärgert werden. An eine Auszahlung der Gratifikation zu einer Zeit, die ihre sinnvolle Verwendung ermöglicht, ist kaum mehr zu denken. Verkäufer und Käufer sind daran interessiert, daß nicht einige Tage vor dem Heiligen Abend in wilder Hetze etwas zusammengewürfelt wird, sondern daß die Geschenke in Ruhe und mit Überlegung ausgesucht werden können.

Zehn Monate mindestens haben die gesetzgebenden Instanzen Zeit gehabt, sich über das Problem zu einigen. Aber erst vier Wochen vor dem allerletzten Termin hat es sich in Bonn herumgesprochen, daß am 25. Dezember Weihnachten ist. ...

Bundesrat gegen Autobahngebühr

Mineralölbesteuerung soll Mittel für Versorgungsgesetz aufbringen

Bonn (UP). Der unter Vorsts des südbadischen Staatspräsidenten Wobler tagende Bundesrat sprach sich mit großer Mehrheit gegen die von der Regierung vorgeschlagene Autobahn-Abgabe aus und verlangte eine allgemeine Neuregelung der Mineralölbesteuerung, die soviel Deckungsmittel für den Bundeshaushalt bringen soll, daß auf die Autobahngebühr verzichtet werden könne.

Der hessische Finanzminister Hilpert lehnte einen Hamburger Antrag, auch die Entscheidung über den Abänderungsvorschlag zum Treibstoffgesetz zu vertragen, mit der Begründung ab, „daß nichts getan werden dürfte, um die Verwirklichung des Bundesversorgungsgesetzes zu verzögern“. Bundesfinanzminister Schäffer gab die Zusicherung, daß die Bundesregierung das Bundesversorgungsgesetz sofort in Kraft setzen werde, nachdem der Bundesrat dem Entwurf über die Mineralölbesteuerung zugestimmt habe.

Mit der Annahme eines entsprechenden Gesetzesentwurfes ratifizierte der Bundesrat einstimmig das am 19. September in Paris unterzeichnete Abkommen zur Gründung einer europäischen Zahlungsunion, dem der Bundestag bereits vorher seine Zustimmung gegeben hatte. Die Regierungsvorlage zur Änderung des Gesetzes über das Notopfer Berlin, die eine erhöhte Abgabe zur Unterstützung des

Westberliner Hausbaus vorsieht, fand ebenfalls die Billigung des Hauses.

Neue Vorschläge

Neue Vorschläge für die Regelung der Rechtsansprüche der rund 430.000 Flüchtlingsbeamten und ehemaligen Berufssoldaten wollen die Koalitionsparteien im Bundestag einbringen. Im Gegensatz zu dem Regierungsentwurf wollen die Vertreter der Koalitionsparteien grundsätzlich von dem bestehenden Recht, also dem vorläufigen Beamtengesetz und dem nach ihrer Ansicht noch gültigen Wehrmachtfürsorge- und Versorgungsgesetz ausgehen. Nach dem Vorschlag der Koalitionsparteien sollen alle betroffenen Personen rechtlich den anderen Angehörigen des öffentlichen Dienstes gleichgestellt werden. Der Kreis der Betroffenen soll ferner um die ehemaligen Angehörigen des Reichsarbeitsdienstes erweitert werden. Bei allen Versorgungsempfängern, die das 65. Lebensjahr erreicht haben, soll die vollständige, also auch finanzielle Gleichstellung mit den Einheimischen erfolgen, während sich diese Gleichstellung bei den jüngeren Anspruchsberechtigten noch nicht erreichen läßt.

Ein Antrag des Verbandes der Kriegsbeschädigten auf erhöhte Rentenzahlungen an Kriegsoopfer vor Weihnachten ist von den zuständigen Stellen der Bundesregierung abgelehnt worden.



Er brachte die „Spiegel“-Affäre ins Rollen. Vor dem sogenannten „Spiegel“-Untersuchungsausschuß wurde der frühere Sekretär der Bayernpartei Dr. Falkner, Friedrich Baumann, als Zeuge vernommen, der die berühmten Gedächtnisprotokolle Baumgartners an die Presse weitergegeben hatte.

Vertrauen zu Kekkonen

Finnische Regierung siegte im Parlament

Helsinki (UP). Die sieben Monate alte finnische Koalitionsregierung des Ministerpräsidenten Kekkonen hat vor dem finnischen Parlament einen Sieg davongetragen, als dieses ein von der Konservativen Partei eingebrachtes Mißtrauensvotum mit 102 gegen 89 Stimmen ablehnte. Mit einer neuen Vertrauensabstimmung wird in etwa zwei Wochen gerechnet, sobald das Parlament über den von der Regierung eingebrachten Anti-Inflationsplan debattieren wird, der schon jetzt zu heftigen Kontroversen geführt hat.

Libyen wird unabhängig

Jugoslawische Resolution angenommen

Flushing (UP). Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat den endgültigen Plan zur Bildung eines unabhängigen Staates Libyen bis Ende 1951 angenommen. Der Plan, der Libyen aus wirtschaftliche Unterstützung und die Aufnahme in die Vereinten Nationen garantiert, wurde mit 50 gegen 0 Stimmen bei Stimmenthaltung des sowjetischen Blocks und Ägyptens gutgeheißen.

Die Vollversammlung hat ferner mit 49 gegen fünf Stimmen bei Stimmenthaltung Indiens eine jugoslawische Resolution angenommen, dazufolge jeder Staat im Kriegsfalle innerhalb von 24 Stunden nach dem Ausbruch der Feindseligkeiten seine Bereitwilligkeit zur Einstellung aller militärischen Aktionen bekunden soll unter der Voraussetzung, daß die Gegenseite ebenso zu handeln bereit sei. Nach der Resolution, die nur von den Staaten des sowjetischen Blocks abgelehnt wurde, soll jeder Staat, der sich weigert, die Feindseligkeiten einzustellen oder seine Bereitschaft dazu zu bekunden, von den entsprechenden Organen der Vereinten Nationen zur Verantwortung gezogen werden.

Zwei Tote bei Eisenbahnunglück. Zwei Personen wurden getötet und zehn verletzt, als zwischen Paris und Versailles ein Eisenbahnzug auf einen Güterwagen auffuhr, der von einem anderen Gleis auf die Schienen umgefallen war.

Rotchinesen ziehen sich zurück

Nachschub aus Mandschurei läßt nach — US-Panzerkolonne nähert sich der Grenze

Tokio. An fast allen koreanischen Frontabschnitten ziehen sich die Chinesen weiter zurück und überlassen den Nordkoreanern die Verteidigung ihrer Positionen. Ein Sprecher des Hauptquartiers General McArthur gab dazu bekannt, daß aus neuesten Aufklärungs-meldungen ein fast völliges Aufhören des Nachschubs aus der Mandschurei hervorgehe.

Eine amerikanische Panzerkolonne hat sich gegen fanatischen Widerstand der Kommunisten durch Straßensperren und über gesprengte Brücken hinweg bis auf rund 5 km an die nordostkoreanische Stadt Kapsan herangebracht und erblickt in der Ferne bereits die mandchurischen Berge, die noch etwa 30 km von ihnen entfernt sind.

Es wird erwartet, daß die 7. amerikanische Division am Samstag Kapsan erobern und in etwa vier Tagen die mandchurische Grenze erreichen wird.

Die Truppen der Vereinten Nationen erzielen auch an den übrigen Frontabschnitten der 400 Kilometer langen Front mehr oder weniger große Bodengewinne.

An der rechten Flanke der Amerikaner gelang es der südkoreanischen Hauptstabsdivision, längs der Ostküste über 3 Kilometer an Boden zu gewinnen. Sie warf dabei zwei nordkoreanische Regimenter über den Myungsichon-Fluß zurück.

Spättruppen der 7. Division sind links und rechts des bedeutsamen Tachosin-Staubeckens rund 10 Kilometer in nördlicher Richtung vorgestoßen. Die Einkesselung des Staubeckens, zu dessen Verteidigung chinesische Truppen entsandt worden waren, ist zur Hälfte abgeschlossen. Eine Einheit von etwa 150 chinesischen Soldaten, die im Westen des Tachosin-Staubeckens festgesetzt worden war, wurde durch einen kombinierten Erd- und Luftangriff zerschlagen.

Im nordwestlichen Frontabschnitt war der Widerstand der Kommunisten verhältnismäßig stark. Die 6. und 7. südkoreanische Division sind damit beschäftigt, die die Straße Kuru-

Toktschon beherrschenden Wombangberge von chinesischen Truppen zu säubern. In Toktschon selbst wüthen noch harte Straßenkämpfe.

Stößtruppen der 24. amerikanischen Infanteriedivision arbeiteten sich bis 10 Kilometer nördlich von Paktschon vor.

Nächtlicher Kampf um Fort Ngabatha

Vietminh-Händstreich diesmal mißglückt

Saigon (UP). Dunkle Flecken an den Mauern des französischen Forts Ngabatha rührten vom Blut von etwa 100 Toten Vietminh-Kämpfern her, die in der Nacht versuchten, sich mit einem Händstreich des 25 Kilometer südwestlich Hanoi am Roten Fluß liegenden Stützpunktes zu bemächtigen. Die Vietminh griffen das Fort zuerst mit Granatwerferfeuer an und beschossen die alten Ziegelmauern mit Panzerfausten. Die Verteidiger waren gezwungen, sich in die Kasematten zurückzuziehen, als die Vietminh mit Leitern die Mauern hinaufkletterten und die Dächer der Gebäude besetzten. Auf dem Punktwege gelang es, um Hilfe zu bitten, kurz bevor die Radiosichtlinie zerstört wurde. Die französische Artillerie eröffnete sofort ein Sperrfeuer um das Fort und hinderte die Vietminh am Heranziehen von Verstärkungen. Die ganze Nacht ging der Kampf im Fort weiter. Als der Morgen anbrach, zogen sich die Angreifer in großer Eile zurück, da sie wußten, daß die Franzosen jetzt über genügend Luftstreitkräfte verfügen, die es ihnen gestatten, den Erdtruppen wirksame Hilfe zu leisten.

Französische Flugzeuge griffen Konzentrationen von Vietminh-Streitkräften im Tongking-Deltagebiet an, die eine Bedrohung für den französischen Stützpunkt Vietri, ungefähr 75 Kilometer nordwestlich von Hanoi, darstellten. Weiter nördlich wurden ein Munitionsdépôt der Aufständischen bei Tayen-yung von Bombern in die Luft gesprengt

PETER SCHELLINGS EROBERUNG

ROMAN von Margarete Eßer

18. Fortsetzung

„Ja — mit welchem Recht — du fühlst sie ja nicht einmal!“

„Liebe Mama! Man kann auch ohne Tränen einen Toten betrauern! Du darfst außerdem meinem Takt schon vertrauen, daß ich nichts tue, was anstößig wäre!“

„Das würde ich von der Witwe meines Sohnes auch gar nicht dulden!“

Maria fühlte, sie war nur so lange die Ueberlegene, wie sie dieser Frau gegenüber eisern ruhig blieb: „Liebe Mama, wie wolltest du es ändern, wenn es anders wäre.“

„Ob du das jemals gesagt hättest, wenn Ulrich noch lebte?“

„Ich glaube, dann brauchte ich mich nicht dauernd zu verteidigen.“

„Das ist doch stark!“

„Nein, es ist traurig! Mama, wir wollen abrechnen. Wir geben uns nur unnötigerweise harte Worte. Wir gehören beide einer anderen Welt an. Ull wäre die einzige Brücke für uns gewesen. Ich möchte mit dir in Frieden leben. Deshalb sei mir nicht böse, wenn ich dich allein lasse.“

„So machst du es immer! An ein richtiges Aussprechen mit dir ist nicht zu denken. Du mäkelst nur tagaus, tagein an mir herum. Du quälst mich, Maria.“

Maria lächelte bitter auf. „Ich dich — sage lieber, wir uns. Du läßt mir keine Ruhe, zu sein, wie ich bin. Hundertmal hast du in meine Trauer um Ulrich hineingestört. Es ist fast, als gönntest du mir das klare Bild deines Sohnes nicht.“

„Du sagst ‚dein Sohn‘, als sprächest du von einem Fremden. Du hast mein Kind schnell vergessen.“

Maria errötete, denn im Augenblick fiel ihr ein, daß sie von Ulrich wirklich sprach, wie von einem Menschen, der sie nichts mehr anging. Das machte sie unsicher und stimmte sie verschämlicher: „Liebe Mama, das tut mir leid.“

Cop. by Kurt Schweditz, Lit. Büro, Alfred Leine.

Ich will mich größerer Rücksichtnahme befleißigen. Lebte Ulrich noch, wäre manches anders.“

„Das glaube ich.“ — Höhnisch kam es aus dem Mund der alten Dame. Dennoch wollte Maria nichts unversucht lassen, im Verkehr mit der alten Dame einen wärmeren Ton zu finden.

„Ich verstehe es, wenn du dich an dem Glück meiner Schwester nicht mitfreuen kannst. Aber hier habe ich etwas, was dir Freude machen muß — Ulrichs Werk! Freue dich darüber mit uns, wie Ulrich sich freuen würde, weil er noch unter uns.“

Die Geheimrätin sah mit kalten, funkelnden Blicken feindselig auf das Buch, das Maria ihr jetzt zuschob. „Was soll ich mit dem Buch? Ich habe es — du weißt das doch! Mein Sohn schrieb es nicht einmal! Ein fremder Mensch hat es vollendet!“

Verletzt ließ Maria das Buch auf den Tisch fallen. „Mama, damit die Opfer nicht umsonst — nicht ganz umsonst gebracht wurden, habe ich meine ganze Kraft daran gesetzt, das Ziel zu erreichen, das sich Ulrich gesteckt hatte.“

„Das heißt, du verrietest Ulrichs Wissen an einen Mann, der dich in Gottes weiter Welt nichts anging!“

„Mittler war Ulrichs Freund! Und ein wie treuer er war, hat er genugsam bewiesen! Er sollte auch unser Freund sein!“

„Ja — weil es vernünftig ist!“

Maria wechselte jäh die Farbe. „Mama, ich warne dich. Du hast mich schon einmal beleidigt. Damals war ich schwach und hilflos!“

„Willst du mir heute drohen? Deine Worte laufen allesamt doch nur darauf hinaus — du willst deiner Trauer wegen nicht mehr auf irgend etwas verzichten.“

Wie mit einem Schlage hatten diese Worte die Aeußerung Marias beschwichtigt. „Was für Menschen muß du kennengelernt haben, daß du nicht mehr Achtung für andere fühlst“

kannst. Du verzichtest also darauf an unserer Freude teilzunehmen?“

„Weder an der einen, noch an der anderen. Und ihr, — ihr werdet bald genug erfahren, daß das Buch nur Anlaß zu Anfeindungen und neuem Ärger geben wird.“

„Dann kämpfen wir für unsere Sache, die Ulrichs Sache ist!“

„Womit denn? Du willst wohl gar von Katheder zu Katheder wandern und Reden halten?“

„Wenn es sein muß!“

Starr und feindselig sahen sich die beiden Frauen an. Es gab weder für Maria noch für die Geheimrätin noch irgendeinen Weg zum gegenseitigen Verständnis. Maria hatte ihrer Schwiegermutter die letzten Worte wie eine Kriegserklärung entgegengerufen. Sie brach sich jetzt mit Gewalt einen Weg zur Befreiung, da sie in Gutem keinen Weg zum Herzen der alten Dame fand. Es war ihr, als müßte sie sich von dem lastenden Druck befreien, den der böse Wille ihrer Schwiegermutter immer auf sie ausübte.

Einige Tage nach Brigittes Verlobung kam Hans eines Morgens mit einer Zeltung zu Maria in den Garten. Sie sah bei seinem Kommen von einem Beet auf, das sie für das Frühjahr bestellte.

„Peter Schelling rührt sich!“

Maria klopfte die Erde von den Fingern und sprang mit blitzenden Augen auf: „Er geht uns an unser Werk?“

„Das haben wir doch eigentlich gar nicht anders erwartet, Maria, oder?“

„Nein — natürlich nicht —“

„Ich habe nur Angst, daß es dich niederdrücken könnte!“

„Niederdrücken? Nein — ich freue mich sogar auf einen ehrlichen Kampf. Wie will Schelling uns denn bekommen?“

„Er will Vorträge halten. Am Rednerpult ist er fast unwiderstehlich. Alles in allem, Maria, kein zu unterschätzender Gegner.“

„Aber unser Buch muß ihn doch schlagen!“

„Es scheint ihn verwundet zu haben. Er setzt sich zur Wehr! Und wenn, was willst du tun?“

„Ich höre mir seinen Vortrag an! Ich will mir den Gegner einmal ansehen! Entweder ist er tatsächlich ein Blinder, wie Ulrich immer von ihm behauptete, dann werden wir schnell mit ihm fertig werden! Oder, er soll uns eines Besseren belehren.“

„Das wird er nur fertig bringen, wenn er Forderungen an Ort und Stelle macht!“

„Bist du wirklich so ruhig — Maria — oder spielst du ein bißel Komödie?“

„Was sollte ich für einen Grund haben? Wenn Ulrich irrt und wir mit ihm, dann soll uns das, wie gesagt, erst beweisen werden! Mir bleibt das Werk auch dann, was es immer war: Das Vermächtnis meines Mannes, mein Trost in der furchtbarsten Zeit meines Lebens!“

„Und was wird deine Schwiegermutter sagen, wenn du den Kampf mit Peter Schelling persönlich aufnehmen müßtest?“

„Meine Schwiegermutter ist als bestimmender Faktor aus meinem Leben gestrichen! Alle ihre Geschosse sind Pfeile ohne Spitzen für mich. Sie prallen ab, ohne zu verwunden!“

„Das höre ich gerne, Maria!“

Hans bot mit einem freien Lächeln seiner Schwägerin die Hand:

„Dann also auf einen fried-trohen Kampf mit Peter Schelling!“

Maria schlug in die dargebotene Hand: „Dank dir!“

Sie waren beide so ganz und gar versunken in ihr Gespräch gewesen, daß sie das Herannahen der Geheimrätin gar nicht bemerkt hatten. Wie aus dem Boden gewachsen stand sie nun vor den beiden. „Ich möchte dich sprechen, Maria!“

„Du suchtest mich, Mama, eine seltene Freude!“

„Dafür ist der Anlaß um so weniger freudig! Sie lassen uns wohl, bitte, allein, Herr Doktor!“

Maria hielt Hans am Arm zurück und sah ihn freundlich bittend an: „Bleib, Hans — ich werde mit meiner Schwiegermutter in das Haus gehen. Darf ich bitten, Mama!“

(Fortsetzung folgt)

Umschau in Karlsruhe

Erhard mahnt zur Ruhe und Besonnenheit
 Karlsruhe (UP). Bundeswirtschaftsminister Erhard wiederholte auf einer CDU-Wahlkundgebung in Karlsruhe, daß es keine Zwangswirtschaft und keinen „Normalverbraucher“ mehr geben werde, solange er Wirtschaftsminister sei. Gleichzeitig betonte er, daß die Stabilität der DM über jeden Zweifel erhaben sei. Er ermahnte die Bevölkerung zur Ruhe und Besonnenheit. Der Minister versicherte, daß man die „Engpässe“ überwinden und z. B. durch die neuen Maßnahmen in der Kohlenwirtschaft (Einlegung von zwei zusätzlichen Arbeitstagen im Monat) die Kohlenproduktion steigern werde.

Wohleb zur Landtagswahl in Württ.-Baden
 Karlsruhe (UP). Der südbadische Staatspräsident Wohleb sagte auf einer Kundgebung der CDU in Karlsruhe, er hoffe, daß der am kommenden Sonntag zu wählende württembergische Landtag nur von kurzer Dauer sein werde. Die Frage der Bestätigung von Abgeordneten, die rein badische Interessen vertreten, werde in dem neuen württembergischen Landtag von großer Bedeutung sein.

Dr. Werbers Kandidatur dient der „Baden-Bewegung“
 Karlsruhe (UP). Oberregierungsrat Dr. Werber erklärte einem DPA-Vertreter, die Rückführung in den Schuldienst, um die er beim Kultusministerium nachgesucht habe, bringe ihm persönliche Nachteile. Er wolle der „Baden-Bewegung“ dieses Opfer bringen, indem er von der CDU als Spitzenkandidat des Wahlkreises Karlsruhe für die Landtagswahlen aufgestellt worden sei. Dr. Werber äußerte sich damit zu Bemerkungen des Landesvorsitzenden der DVP, Dr. Hausmann, der in einer Wahlversammlung in Ulm Dr. Werber und einen anderen CDU-Kandidaten beschuldigt hatte, durch die Rückkehr in den Schuldienst die gesetzlichen Bestimmungen über die Gewaltentrennung zu umgehen. Hausmann hatte vor einer „verdächtigen Liebe zum Lehrerberuf“ gewarnt in derselben Angelegenheit hatte Ministerpräsident Dr. Meier in einer Wahlversammlung in Winnenden erklärt, daß das Amt, das ein Kandidat heute ausübe, entscheidend sei, und nicht eine frühere Tätigkeit als Lehrer.

Dr. Schumacher über die Remilitarisierung
 Karlsruhe (UP). Der erste Vorsitzende der SPD, Dr. Schumacher, erklärte in einer Wahlkundgebung in Karlsruhe vor über 4000 Zuhörern, wenn das Volk bei den Landtagswahlen die Bonner Regierungsparteien wähle, wisse das Ausland, daß das deutsche Volk vorbehaltlos für die Remilitarisierung sei. Entscheide sich aber das Volk für die Opposition und damit für die SPD, dann werde es der Welt klar, daß sie mit dem deutschen Volk nicht alles machen könne, was sie wolle. Wohle man von dem deutschen Volk Opfer verlangen, müsse man ihm erst den Sinn der Opfer zeigen.

Dr. Strobel leitet Oberfinanzdirektion
 Karlsruhe (UP). Finanzpräsident Dr. Strobel von der Oberfinanzdirektion Stuttgart ist mit der einstweiligen Leitung der Oberfinanzdirektion Karlsruhe beauftragt worden. Er leitete die durch den Tod des Finanzpräsidenten Dr. Nikolaus freigeswordene Stelle solange, bis sie endgültig besetzt wird.

Personenwagen überfährt zwei Fußgänger
 Karlsruhe (UP). Ein amerikanischer Personenwagen, der mit hoher Geschwindigkeit zwischen zwei Verkehrsinseln hindurchraste, erfaßte zwei Fußgänger. Ein 76-jähriger Mann war sofort tot, eine 46 Jahre alte Frau wurde schwer verletzt. Da hinzukommende Passanten gegenüber dem Fahrer eine drohende Haltung einnahmen, mußten ihn Polizisten in Schutz nehmen.

Prozeß wegen Kameradentotschlags in Karlsruhe
 Karlsruhe (UP). Vor dem Schwurgericht Karlsruhe begann der Prozeß gegen den wegen Kameradentotschlags angeklagten 31-jährigen ehemaligen Leutnant Friedr. Waidele aus Pforzheim-Sonnenberg. Der Angeklagte wird beschuldigt, Anfang Mai 1925 als Kriegsgefangener in einem amerikanischen Lager bei Schwerin einen Mitgefangenen mit dem Spaten erschlagen und am Lagertrand verscharrt zu haben. Der Angeklagte gab die Tat zu, bestritt aber, mit Vorsatz oder Überlegung gehandelt zu haben.

Die Bären waren Wildschweine
 Karlsruhe (UP). Große Aufregung verursachten zwei junge Wildschweine, die eines nachts einen Ausflug nach Karlsruhe unternommen hatten. Passanten hielten die beiden Tiere für junge Bären aus dem Karlsruher Stadtpark. Die Aufregung legte sich erst, als Polizisten die Passanten auf ihren Irrtum aufmerksam machten. Die Wildschweine hatten sich in der Zwischenzeit in dem nahen Wald zurückgezogen.

Aus der badischen Heimat
 Professor Reuter in Heidelberg
 Heidelberg (UP). „Wenn jeder Deutsche seine Aufgabe im Ringen um die Freiheit erkennt, werden die Sowjets nicht mehr so lange in Deutschland bleiben, wie sie dagewesen sind“, sagte der Berliner Oberbürgermeister Reuter vor Studenten in Heidelberg. Reuter meinte, daß die Übersiedlung von Bundestag und Bundesregierung nach Berlin „dynamisch“ wirken und eine „Sprungdehne des föhlichen Gefüges“ nach sich ziehen würde. Reuter forderte bei dieser Gelegenheit erneut die Eingliederung Berlins in die Bundesrepublik.

Frau McCloy soll Bechtel und Berger helfen
 Heidelberg (UP). Zwei Heidelbergerinnen überreichten der Gattin des amerikanischen Hohen Kommissars, die sich gerade in

Heidelberg aufhielt, eine von Heidelberger Frauen unterschriebene Bittschrift. Frau McCloy wird darin gebeten, sich dafür einzusetzen, daß die beiden Deutschen Bechtel und Berger nicht an Frankreich ausgeliefert werden und daß alle Deutschen, die bereits seit Jahren in französischen Gefängnissen auf ein Gerichtsverfahren warten, bald in die Heimat zurückkehren können.

Skelett im Holzkasten gefunden
 Heidelberg (UP). Auf der Baustelle des neuen Heidelberger Hauptbahnhofs fanden Arbeiter zwei männliche Skelette, die vermutlich etwa sieben bis zehn Jahre in der Erde gelegen hätten. Am Fundort wurden außerdem verrostete Kleiderreste, eine Taschenuhr und ein Taschenmesser gefunden. Eines der Skelette befand sich in einem hölzernen Kasten. Der unheimliche Fund wird zur Zeit von der Heidelberger Mordkommission und vom gerichtsmmedizinischen Institut untersucht.

„Meisterdieb“ zum zweiten Mal verurteilt
 Heidelberg (UP). Der „Meisterdieb von Heidelberg“ (UP) wurde von einem amerikanischen Gericht wegen 115 Einbrüchen in amerikanischen Wohnungen eine fünfjährige Gefängnisstrafe zudiktiert. Erhielt ist jetzt von der Großen Strafkammer des Heidelberger Landgerichts zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Der 29-jährige Meisterdieb wurde für schuldig befunden, unabhängig von den bereits abgeurteilten Vergehen, in mehreren Fällen schwere Einbruchsdiebstähle begangen zu haben. Er hatte dabei allein oder mit Komplizen vor allem Geschäfte heimgesucht.

Aufforderung zur Wahlenthaltung
 Tauberbischofsheim (UP). Die Arbeitgemeinschaft der Badener hat ihre Anhänger im Wahlkreis Tauberbischofsheim-Buchen aufgefordert, der Wahl für den württemberg-badischen Landtag am kommenden Sonntag fern-

zu bleiben oder wenigstens den Namen des CDU-Spitzenkandidaten, Landrat Schwann, vom Stimmzettel zu streichen. In einem Flugblatt wird diese Aufforderung damit begründet, daß sämtliche politischen Parteien im Wahlkreis Tauberbischofsheim-Buchen nur Anhänger des Südweststaates als Kandidaten aufgestellt hätten.

Der Berg kam ins Haus
 Offenburg (UP). Erdmassen und Felsbrocken des Schloßberges in Hornberg, die durch andauernde Regenfälle aufgelockert waren, gerieten dieser Tage in Bewegung. Sie durchschlugen die Rückwand eines an der Hauptstraße gelegenen Hauses und blieben in der Wohnung liegen. Die Frau und das Kind des Wohnungsinhabers konnten sich im letzten Augenblick vor dem herabstürzenden Erdreich in Sicherheit bringen. Die Abräumarbeiten werden mehrere Tage in Anspruch nehmen. Der Sachschaden ist beträchtlich.

Konzertlänger verbüßt 33 Einbrüche
 Singen/Hohenwiel (UP). In ganz Südbaden war er als Konzertlänger bekannt. Allerdings war nicht bekannt, daß er sich im Nebenberuf als Einbrecher betätigte. Dies wurde erst festgestellt, als er beim Eindringen in ein Fotogeschäft geschnappt wurde. Er mußte schließlich weitere 33 Einbrüche und Diebstähle zugeben.

Kreuz und quer durch Baden
 Der fünfte Bundestag des Fröhwirtschaftsbundes (Heidelberg-Ziegelhausen) begann in Heidelberg mit einem Vortrag von Nationalrat Werner Schmid (Zürich), über das Thema „Der Kampf um die Schweizer Kaufkraftinitiative“.

Die nur in der Stadt Heidelberg vertretene „Neue Partei“ hat ihren Parteitag empfohlen, bei der kommenden Landtagswahl in Heidelberg mit einem Vortag von Nationalrat Werner Schmid (Zürich), über das Thema „Der Kampf um die Schweizer Kaufkraftinitiative“.

Die nur in der Stadt Heidelberg vertretene „Neue Partei“ hat ihren Parteitag empfohlen, bei der kommenden Landtagswahl in Heidelberg mit einem Vortag von Nationalrat Werner Schmid (Zürich), über das Thema „Der Kampf um die Schweizer Kaufkraftinitiative“.

Die nur in der Stadt Heidelberg vertretene „Neue Partei“ hat ihren Parteitag empfohlen, bei der kommenden Landtagswahl in Heidelberg mit einem Vortag von Nationalrat Werner Schmid (Zürich), über das Thema „Der Kampf um die Schweizer Kaufkraftinitiative“.

Die nur in der Stadt Heidelberg vertretene „Neue Partei“ hat ihren Parteitag empfohlen, bei der kommenden Landtagswahl in Heidelberg mit einem Vortag von Nationalrat Werner Schmid (Zürich), über das Thema „Der Kampf um die Schweizer Kaufkraftinitiative“.

Die nur in der Stadt Heidelberg vertretene „Neue Partei“ hat ihren Parteitag empfohlen, bei der kommenden Landtagswahl in Heidelberg mit einem Vortag von Nationalrat Werner Schmid (Zürich), über das Thema „Der Kampf um die Schweizer Kaufkraftinitiative“.

Die nur in der Stadt Heidelberg vertretene „Neue Partei“ hat ihren Parteitag empfohlen, bei der kommenden Landtagswahl in Heidelberg mit einem Vortag von Nationalrat Werner Schmid (Zürich), über das Thema „Der Kampf um die Schweizer Kaufkraftinitiative“.

Die nur in der Stadt Heidelberg vertretene „Neue Partei“ hat ihren Parteitag empfohlen, bei der kommenden Landtagswahl in Heidelberg mit einem Vortag von Nationalrat Werner Schmid (Zürich), über das Thema „Der Kampf um die Schweizer Kaufkraftinitiative“.

Die nur in der Stadt Heidelberg vertretene „Neue Partei“ hat ihren Parteitag empfohlen, bei der kommenden Landtagswahl in Heidelberg mit einem Vortag von Nationalrat Werner Schmid (Zürich), über das Thema „Der Kampf um die Schweizer Kaufkraftinitiative“.

Die nur in der Stadt Heidelberg vertretene „Neue Partei“ hat ihren Parteitag empfohlen, bei der kommenden Landtagswahl in Heidelberg mit einem Vortag von Nationalrat Werner Schmid (Zürich), über das Thema „Der Kampf um die Schweizer Kaufkraftinitiative“.

Die nur in der Stadt Heidelberg vertretene „Neue Partei“ hat ihren Parteitag empfohlen, bei der kommenden Landtagswahl in Heidelberg mit einem Vortag von Nationalrat Werner Schmid (Zürich), über das Thema „Der Kampf um die Schweizer Kaufkraftinitiative“.

Die nur in der Stadt Heidelberg vertretene „Neue Partei“ hat ihren Parteitag empfohlen, bei der kommenden Landtagswahl in Heidelberg mit einem Vortag von Nationalrat Werner Schmid (Zürich), über das Thema „Der Kampf um die Schweizer Kaufkraftinitiative“.

Die nur in der Stadt Heidelberg vertretene „Neue Partei“ hat ihren Parteitag empfohlen, bei der kommenden Landtagswahl in Heidelberg mit einem Vortag von Nationalrat Werner Schmid (Zürich), über das Thema „Der Kampf um die Schweizer Kaufkraftinitiative“.

Die nur in der Stadt Heidelberg vertretene „Neue Partei“ hat ihren Parteitag empfohlen, bei der kommenden Landtagswahl in Heidelberg mit einem Vortag von Nationalrat Werner Schmid (Zürich), über das Thema „Der Kampf um die Schweizer Kaufkraftinitiative“.

Die nur in der Stadt Heidelberg vertretene „Neue Partei“ hat ihren Parteitag empfohlen, bei der kommenden Landtagswahl in Heidelberg mit einem Vortag von Nationalrat Werner Schmid (Zürich), über das Thema „Der Kampf um die Schweizer Kaufkraftinitiative“.

Die nur in der Stadt Heidelberg vertretene „Neue Partei“ hat ihren Parteitag empfohlen, bei der kommenden Landtagswahl in Heidelberg mit einem Vortag von Nationalrat Werner Schmid (Zürich), über das Thema „Der Kampf um die Schweizer Kaufkraftinitiative“.

Die nur in der Stadt Heidelberg vertretene „Neue Partei“ hat ihren Parteitag empfohlen, bei der kommenden Landtagswahl in Heidelberg mit einem Vortag von Nationalrat Werner Schmid (Zürich), über das Thema „Der Kampf um die Schweizer Kaufkraftinitiative“.

Die nur in der Stadt Heidelberg vertretene „Neue Partei“ hat ihren Parteitag empfohlen, bei der kommenden Landtagswahl in Heidelberg mit einem Vortag von Nationalrat Werner Schmid (Zürich), über das Thema „Der Kampf um die Schweizer Kaufkraftinitiative“.

Die nur in der Stadt Heidelberg vertretene „Neue Partei“ hat ihren Parteitag empfohlen, bei der kommenden Landtagswahl in Heidelberg mit einem Vortag von Nationalrat Werner Schmid (Zürich), über das Thema „Der Kampf um die Schweizer Kaufkraftinitiative“.

Die nur in der Stadt Heidelberg vertretene „Neue Partei“ hat ihren Parteitag empfohlen, bei der kommenden Landtagswahl in Heidelberg mit einem Vortag von Nationalrat Werner Schmid (Zürich), über das Thema „Der Kampf um die Schweizer Kaufkraftinitiative“.

Die nur in der Stadt Heidelberg vertretene „Neue Partei“ hat ihren Parteitag empfohlen, bei der kommenden Landtagswahl in Heidelberg mit einem Vortag von Nationalrat Werner Schmid (Zürich), über das Thema „Der Kampf um die Schweizer Kaufkraftinitiative“.

Die nur in der Stadt Heidelberg vertretene „Neue Partei“ hat ihren Parteitag empfohlen, bei der kommenden Landtagswahl in Heidelberg mit einem Vortag von Nationalrat Werner Schmid (Zürich), über das Thema „Der Kampf um die Schweizer Kaufkraftinitiative“.

Die nur in der Stadt Heidelberg vertretene „Neue Partei“ hat ihren Parteitag empfohlen, bei der kommenden Landtagswahl in Heidelberg mit einem Vortag von Nationalrat Werner Schmid (Zürich), über das Thema „Der Kampf um die Schweizer Kaufkraftinitiative“.

Die nur in der Stadt Heidelberg vertretene „Neue Partei“ hat ihren Parteitag empfohlen, bei der kommenden Landtagswahl in Heidelberg mit einem Vortag von Nationalrat Werner Schmid (Zürich), über das Thema „Der Kampf um die Schweizer Kaufkraftinitiative“.

Die nur in der Stadt Heidelberg vertretene „Neue Partei“ hat ihren Parteitag empfohlen, bei der kommenden Landtagswahl in Heidelberg mit einem Vortag von Nationalrat Werner Schmid (Zürich), über das Thema „Der Kampf um die Schweizer Kaufkraftinitiative“.

Die nur in der Stadt Heidelberg vertretene „Neue Partei“ hat ihren Parteitag empfohlen, bei der kommenden Landtagswahl in Heidelberg mit einem Vortag von Nationalrat Werner Schmid (Zürich), über das Thema „Der Kampf um die Schweizer Kaufkraftinitiative“.

Die nur in der Stadt Heidelberg vertretene „Neue Partei“ hat ihren Parteitag empfohlen, bei der kommenden Landtagswahl in Heidelberg mit einem Vortag von Nationalrat Werner Schmid (Zürich), über das Thema „Der Kampf um die Schweizer Kaufkraftinitiative“.

Die nur in der Stadt Heidelberg vertretene „Neue Partei“ hat ihren Parteitag empfohlen, bei der kommenden Landtagswahl in Heidelberg mit einem Vortag von Nationalrat Werner Schmid (Zürich), über das Thema „Der Kampf um die Schweizer Kaufkraftinitiative“.

Die nur in der Stadt Heidelberg vertretene „Neue Partei“ hat ihren Parteitag empfohlen, bei der kommenden Landtagswahl in Heidelberg mit einem Vortag von Nationalrat Werner Schmid (Zürich), über das Thema „Der Kampf um die Schweizer Kaufkraftinitiative“.

Die nur in der Stadt Heidelberg vertretene „Neue Partei“ hat ihren Parteitag empfohlen, bei der kommenden Landtagswahl in Heidelberg mit einem Vortag von Nationalrat Werner Schmid (Zürich), über das Thema „Der Kampf um die Schweizer Kaufkraftinitiative“.

Die nur in der Stadt Heidelberg vertretene „Neue Partei“ hat ihren Parteitag empfohlen, bei der kommenden Landtagswahl in Heidelberg mit einem Vortag von Nationalrat Werner Schmid (Zürich), über das Thema „Der Kampf um die Schweizer Kaufkraftinitiative“.

Die nur in der Stadt Heidelberg vertretene „Neue Partei“ hat ihren Parteitag empfohlen, bei der kommenden Landtagswahl in Heidelberg mit einem Vortag von Nationalrat Werner Schmid (Zürich), über das Thema „Der Kampf um die Schweizer Kaufkraftinitiative“.

Die nur in der Stadt Heidelberg vertretene „Neue Partei“ hat ihren Parteitag empfohlen, bei der kommenden Landtagswahl in Heidelberg mit einem Vortag von Nationalrat Werner Schmid (Zürich), über das Thema „Der Kampf um die Schweizer Kaufkraftinitiative“.

Die nur in der Stadt Heidelberg vertretene „Neue Partei“ hat ihren Parteitag empfohlen, bei der kommenden Landtagswahl in Heidelberg mit einem Vortag von Nationalrat Werner Schmid (Zürich), über das Thema „Der Kampf um die Schweizer Kaufkraftinitiative“.

Die nur in der Stadt Heidelberg vertretene „Neue Partei“ hat ihren Parteitag empfohlen, bei der kommenden Landtagswahl in Heidelberg mit einem Vortag von Nationalrat Werner Schmid (Zürich), über das Thema „Der Kampf um die Schweizer Kaufkraftinitiative“.

Die nur in der Stadt Heidelberg vertretene „Neue Partei“ hat ihren Parteitag empfohlen, bei der kommenden Landtagswahl in Heidelberg mit einem Vortag von Nationalrat Werner Schmid (Zürich), über das Thema „Der Kampf um die Schweizer Kaufkraftinitiative“.

Die nur in der Stadt Heidelberg vertretene „Neue Partei“ hat ihren Parteitag empfohlen, bei der kommenden Landtagswahl in Heidelberg mit einem Vortag von Nationalrat Werner Schmid (Zürich), über das Thema „Der Kampf um die Schweizer Kaufkraftinitiative“.

Die nur in der Stadt Heidelberg vertretene „Neue Partei“ hat ihren Parteitag empfohlen, bei der kommenden Landtagswahl in Heidelberg mit einem Vortag von Nationalrat Werner Schmid (Zürich), über das Thema „Der Kampf um die Schweizer Kaufkraftinitiative“.

Die nur in der Stadt Heidelberg vertretene „Neue Partei“ hat ihren Parteitag empfohlen, bei der kommenden Landtagswahl in Heidelberg mit einem Vortag von Nationalrat Werner Schmid (Zürich), über das Thema „Der Kampf um die Schweizer Kaufkraftinitiative“.

Die nur in der Stadt Heidelberg vertretene „Neue Partei“ hat ihren Parteitag empfohlen, bei der kommenden Landtagswahl in Heidelberg mit einem Vortag von Nationalrat Werner Schmid (Zürich), über das Thema „Der Kampf um die Schweizer Kaufkraftinitiative“.

Die nur in der Stadt Heidelberg vertretene „Neue Partei“ hat ihren Parteitag empfohlen, bei der kommenden Landtagswahl in Heidelberg mit einem Vortag von Nationalrat Werner Schmid (Zürich), über das Thema „Der Kampf um die Schweizer Kaufkraftinitiative“.

Revision May und Meyer verschoben

Käß kann wieder ins Ausland reisen

Stuttgart (UP). Das Stuttgarter Oberlandesgericht hat die Revision der beiden im Stuttgarter Entnazifizierungsprozeß Verurteilten, Helms May und August Meyer, verworfen. Von der vierten Strafkammer des Landesgerichts Stuttgart waren im Mai dieses Jahres der öffentliche Spruchkammerkläger May wegen passiver Bestechung zu einem Jahr und der „Vermittler in Entnazifizierungsverfahren“ August Meyer wegen aktiver Bestechung zu acht Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Der Backenanger Fabrikant Käß hat seinen Reisepaß von der amerikanischen Landeskommission für Württemberg-Baden zurück erhalten. Der Paß war eingezogen worden, als Käß im Frühjahr dieses Jahres ein Visum für die Ausreise nach Südamerika beantragt hatte. Damals schwebte gegen Käß ein Strafverfahren wegen angeblicher Bestechung im Zusammenhang mit der Affäre May-Meyer. Die deutschen Gerichte lehnten jedoch eine Hauptverhandlung ab, weil sie der Ansicht waren, daß der Beschuldigte bei einem etwaigen Verfahren freigesprochen würde. Nachdem der amerikanische Hohe Kommissar John McCloy verfügt hat, daß die Entscheidungen der deutschen Justiz im Falle Käß nicht von einem Gericht der Besatzungsmacht überprüft werden sollen, erhielt Käß jetzt seinen Reisepaß zurück.

Bücher sprach in Stuttgart
 Stuttgart (UP). Es gebe keinen deutschen Wunsch nach Wiederaufrüstung, erklärte Vizekanzler Blücher bei einer DVP-Wahlversammlung in Stuttgart. Wenn es notwendig sein sollte, wieder junge Deutsche aufzufordern, Uniformen anzuziehen, sollte dabei klar sein, daß „wir Deutsche dies als aller schwerstes Opfer ansehen würden“. Wenn dies bei den Pariser Diskussionen um den deutschen Beitrag bekannt gewesen wäre, sagte Blücher, wäre die Diskussion in der französischen Nationalversammlung vielleicht auch anders ausgefallen.

Feuer in Stuttgarter Vorort
 Stuttgart (UP). Der Motor eines nach Ludwigsburg fahrenden Triebwagenzuges geriet kurz vor der Einfahrt in das Feuerbacher Tunnel in Brand. Das Feuer konnte durch die alarmierte Feuerwehr rasch gelöscht werden. Verletzt wurde niemand.

DP's müssen Kaserne verlassen
 Stuttgart (UP). Die Stuttgarter Funkkaserne soll auf Verlangen der amerikanischen Landeskommission bis Ende dieses Jahres von den dort wohnenden DP's geräumt werden, da das Gebäude DP's militärische Zwecke benötigt wird. Wie ein Sachbearbeiter des württemberg-badischen Innenministeriums mitteilte werden die insgesamt 1800 heimatlosen Ausländer aus der Funkkaserne in Baracken untergebracht werden, die jeweils 50 Personen fassen. Die dafür benötigten 36 Baracken sollen bis Ende dieses Jahres aufgestellt werden.

Fünf Tage mit dem toten Mann zusammen
 Backnang (UP). Der kaum glaubhafte Fall, daß eine Frau im selben Zimmer fünf Tage lang mit ihrem toten Mann zusammenwohnte, ohne es zu bemerken, ereignete sich in Mittelbronn im Kreis Backnang. Der Tote, ein 79-jähriger Mann, wurde von Hausbewohnern zwischen Bett und Wand auf dem Boden liegend aufgefunden. Seine Frau, die seit längerer Zeit mit ihm im Streit lebte und sich nicht um ihn kümmerte, hatte nicht bemerkt, daß ihr Mann gestorben und vom Bett herabgeglitten war. Der Arzt stellte fest, daß der Tod vor 4-5 Tagen eingetreten war.

Verzweifte Witwe suchte den Tod
 Ludwigsbahfen (UP). Auf der Anlagebank des Schwurgerichts Frankenthal

saß eine etwa 40jährige Kriegerwitwe, der vorgeworfen wurde, sich des vierfachen Toterschuldigs gemacht zu haben. Die leidgeprüfte Frau litt an seelischen Depressionen, weil sie sich einbildete, daß überall mit Fingern auf sie gezeigt werde. In diesem gelähmten und körperlichen Zustand beschloß die Frau, zusammen mit ihren vier Kindern den Tod zu suchen. Am Abend schritt sie zur Ausführung der grausigen Tat, die glücklicherweise nicht den gewünschten Erfolg hatte. Die dem geöffneten Gashahn entströmenden Gase fanden nicht den Weg in das Zimmer der vier Kinder, die dort fest schliefen. Nur die Mutter selbst erlitt eine leichte Gasvergiftung. Am frühen Morgen wurde sie bewußlos von ihrer 12jährigen Tochter aufgefunden. Nur dem Umstand, daß die Anze-

saß eine etwa 40jährige Kriegerwitwe, der vorgeworfen wurde, sich des vierfachen Toterschuldigs gemacht zu haben. Die leidgeprüfte Frau litt an seelischen Depressionen, weil sie sich einbildete, daß überall mit Fingern auf sie gezeigt werde. In diesem gelähmten und körperlichen Zustand beschloß die Frau, zusammen mit ihren vier Kindern den Tod zu suchen. Am Abend schritt sie zur Ausführung der grausigen Tat, die glücklicherweise nicht den gewünschten Erfolg hatte. Die dem geöffneten Gashahn entströmenden Gase fanden nicht den Weg in das Zimmer der vier Kinder, die dort fest schliefen. Nur die Mutter selbst erlitt eine leichte Gasvergiftung. Am frühen Morgen wurde sie bewußlos von ihrer 12jährigen Tochter aufgefunden. Nur dem Umstand, daß die Anze-

saß eine etwa 40jährige Kriegerwitwe, der vorgeworfen wurde, sich des vierfachen Toterschuldigs gemacht zu haben. Die leidgeprüfte Frau litt an seelischen Depressionen, weil sie sich einbildete, daß überall mit Fingern auf sie gezeigt werde. In diesem gelähmten und körperlichen Zustand beschloß die Frau, zusammen mit ihren vier Kindern den Tod zu suchen. Am Abend schritt sie zur Ausführung der grausigen Tat, die glücklicherweise nicht den gewünschten Erfolg hatte. Die dem geöffneten Gashahn entströmenden Gase fanden nicht den Weg in das Zimmer der vier Kinder, die dort fest schliefen. Nur die Mutter selbst erlitt eine leichte Gasvergiftung. Am frühen Morgen wurde sie bewußlos von ihrer 12jährigen Tochter aufgefunden. Nur dem Umstand, daß die Anze-

saß eine etwa 40jährige Kriegerwitwe, der vorgeworfen wurde, sich des vierfachen Toterschuldigs gemacht zu haben. Die leidgeprüfte Frau litt an seelischen Depressionen, weil sie sich einbildete, daß überall mit Fingern auf sie gezeigt werde. In diesem gelähmten und körperlichen Zustand beschloß die Frau, zusammen mit ihren vier Kindern den Tod zu suchen. Am Abend schritt sie zur Ausführung der grausigen Tat, die glücklicherweise nicht den gewünschten Erfolg hatte. Die dem geöffneten Gashahn entströmenden Gase fanden nicht den Weg in das Zimmer der vier Kinder, die dort fest schliefen. Nur die Mutter selbst erlitt eine leichte Gasvergiftung. Am frühen Morgen wurde sie bewußlos von ihrer 12jährigen Tochter aufgefunden. Nur dem Umstand, daß die Anze-

saß eine etwa 40jährige Kriegerwitwe, der vorgeworfen wurde, sich des vierfachen Toterschuldigs gemacht zu haben. Die leidgeprüfte Frau litt an seelischen Depressionen, weil sie sich einbildete, daß überall mit Fingern auf sie gezeigt werde. In diesem gelähmten und körperlichen Zustand beschloß die Frau, zusammen mit ihren vier Kindern den Tod zu suchen. Am Abend schritt sie zur Ausführung der grausigen Tat, die glücklicherweise nicht den gewünschten Erfolg hatte. Die dem geöffneten Gashahn entströmenden Gase fanden nicht den Weg in das Zimmer der vier Kinder, die dort fest schliefen. Nur die Mutter selbst erlitt eine leichte Gasvergiftung. Am frühen Morgen wurde sie bewußlos von ihrer 12jährigen Tochter aufgefunden. Nur dem Umstand, daß die Anze-

saß eine etwa 40jährige Kriegerwitwe, der vorgeworfen wurde, sich des vierfachen Toterschuldigs gemacht zu haben. Die leidgeprüfte Frau litt an seelischen Depressionen, weil sie sich einbildete, daß überall mit Fingern auf sie gezeigt werde. In diesem gelähmten und körperlichen Zustand beschloß die Frau, zusammen mit ihren vier Kindern den Tod zu suchen. Am Abend schritt sie zur Ausführung der grausigen Tat, die glücklicherweise nicht den gewünschten Erfolg hatte. Die dem geöffneten Gashahn entströmenden Gase fanden nicht den Weg in das Zimmer der vier Kinder, die dort fest schliefen. Nur die Mutter selbst erlitt eine leichte Gasvergiftung. Am frühen Morgen wurde sie bewußlos von ihrer 12jährigen Tochter aufgefunden. Nur dem Umstand, daß die Anze-

saß eine etwa 40jährige Kriegerwitwe, der vorgeworfen wurde, sich des vierfachen Toterschuldigs gemacht zu haben. Die leidgeprüfte Frau litt an seelischen Depressionen, weil sie sich einbildete, daß überall mit Fingern auf sie gezeigt werde. In diesem gelähmten und körperlichen Zustand beschloß die Frau, zusammen mit ihren vier Kindern den Tod zu suchen. Am Abend schritt sie zur Ausführung der grausigen Tat, die glücklicherweise nicht den gewünschten Erfolg hatte. Die dem geöffneten Gashahn entströmenden Gase fanden nicht den Weg in das Zimmer der vier Kinder, die dort fest schliefen. Nur die Mutter selbst erlitt eine leichte Gasvergiftung. Am frühen Morgen wurde sie bewußlos von ihrer 12jährigen Tochter aufgefunden. Nur dem Umstand, daß die Anze-

saß eine etwa 40jährige Kriegerwitwe, der vorgeworfen wurde, sich des vierfachen Toterschuldigs gemacht zu haben. Die leidgeprüfte Frau litt an seelischen Depressionen, weil sie sich einbildete, daß überall mit Fingern auf sie gezeigt werde. In diesem gelähmten und körperlichen Zustand beschloß die Frau, zusammen mit ihren vier Kindern den Tod zu suchen. Am Abend schritt sie zur Ausführung der grausigen Tat, die glücklicherweise nicht den gewünschten Erfolg hatte. Die dem geöffneten Gashahn entströmenden Gase fanden nicht den Weg in das Zimmer der vier Kinder, die dort fest schliefen. Nur die Mutter selbst erlitt eine leichte Gasvergiftung. Am frühen Morgen wurde sie bewußlos von ihrer 12jährigen Tochter aufgefunden. Nur dem Umstand, daß die Anze-

saß eine etwa 40jährige Kriegerwitwe, der vorgeworfen wurde, sich des vierfachen Toterschuldigs gemacht zu haben. Die leidgeprüfte Frau litt an seelischen Depressionen, weil sie sich einbildete, daß überall mit Fingern auf sie gezeigt werde. In diesem gelähmten und körperlichen Zustand beschloß die Frau, zusammen mit ihren vier Kindern den Tod zu suchen. Am Abend schritt sie zur Ausführung der grausigen Tat, die glücklicherweise nicht den gewünschten Erfolg hatte. Die dem geöffneten Gashahn entströmenden Gase fanden nicht den Weg in das Zimmer der vier Kinder, die dort fest schliefen. Nur die Mutter selbst erlitt eine leichte Gasvergiftung. Am frühen Morgen wurde sie bewußlos von ihrer 12jährigen Tochter aufgefunden. Nur dem Umstand, daß die Anze-

saß eine etwa 40jährige Kriegerwitwe, der vorgeworfen wurde, sich des vierfachen Toterschuldigs gemacht zu haben. Die leidgeprüfte Frau litt an seelischen Depressionen, weil sie sich einbildete, daß überall mit Fingern auf sie gezeigt werde. In diesem gelähmten und körperlichen Zustand beschloß die Frau, zusammen mit ihren vier Kindern den Tod zu suchen. Am Abend schritt sie zur Ausführung der grausigen Tat, die glücklicherweise nicht den gewünschten Erfolg hatte. Die dem geöffneten Gashahn entströmenden Gase fanden nicht den Weg in das Zimmer der vier Kinder, die dort fest schliefen. Nur die Mutter selbst erlitt eine leichte Gasvergiftung. Am frühen Morgen wurde sie bewußlos von ihrer 12jährigen Tochter aufgefunden. Nur dem Umstand, daß die Anze-

saß eine etwa 40jährige Kriegerwitwe, der vorgeworfen wurde, sich des vierfachen Toterschuldigs gemacht zu haben. Die leidgeprüfte Frau litt an seelischen Depressionen, weil sie sich einbildete, daß überall mit Fingern auf sie gezeigt werde. In diesem gelähmten und körperlichen Zustand beschloß die Frau, zusammen mit ihren vier Kindern den Tod zu suchen. Am Abend schritt sie zur Ausführung der grausigen Tat, die glücklicherweise nicht den gewünschten Erfolg hatte. Die dem geöffneten Gashahn entströmenden Gase fanden nicht den Weg in das Zimmer der vier Kinder, die dort fest schliefen. Nur die Mutter selbst erlitt eine leichte Gasvergiftung. Am frühen Morgen wurde sie bewußlos von ihrer 12jährigen Tochter aufgefunden. Nur dem Umstand, daß die Anze-

saß eine etwa 40jährige Kriegerwitwe, der vorgeworfen wurde, sich des vierfachen Toterschuldigs gemacht zu haben. Die leidgeprüfte Frau litt an seelischen Depressionen, weil sie sich einbildete, daß überall mit Fingern auf sie gezeigt werde. In diesem gelähmten und körperlichen Zustand beschloß die Frau, zusammen mit ihren vier Kindern den Tod zu suchen. Am Abend schritt sie zur Ausführung der grausigen Tat, die glücklicherweise nicht den gewünschten Erfolg hatte. Die dem geöffneten Gashahn entströmenden Gase fanden nicht den Weg in das Zimmer der vier Kinder, die dort fest schliefen. Nur die Mutter selbst erlitt eine leichte Gasvergiftung. Am frühen Morgen wurde sie bewußlos von ihrer 12jährigen Tochter aufgefunden. Nur dem Umstand, daß die Anze-

saß eine etwa 40jährige Kriegerwitwe, der vorgeworfen wurde, sich des vierfachen Toterschuldigs gemacht zu haben. Die leidgeprüfte Frau litt an seelischen Depressionen, weil sie sich einbildete, daß überall mit Fingern auf sie gezeigt werde. In diesem gelähmten und körperlichen Zustand beschloß die Frau, zusammen mit ihren vier Kindern den Tod zu suchen. Am Abend schritt sie zur Ausführung der grausigen Tat, die glücklicherweise nicht den gewünschten Erfolg hatte. Die dem geöffneten Gashahn entströmenden Gase fanden nicht den Weg in das Zimmer der vier Kinder, die dort fest schliefen. Nur die Mutter selbst erlitt eine leichte Gasvergiftung. Am frühen Morgen wurde sie bewußlos von ihrer 12jährigen Tochter aufgefunden. Nur dem Umstand, daß die Anze-

saß eine etwa 40jährige Kriegerwitwe, der vorgeworfen wurde, sich des vierfachen Toterschuldigs gemacht zu haben. Die leidgeprüfte Frau litt an seelischen Depressionen, weil sie sich einbildete, daß überall mit Fingern auf sie gezeigt werde. In diesem gelähmten und körperlichen Zustand beschloß die Frau, zusammen mit ihren vier Kindern den Tod zu suchen. Am Abend schritt sie zur Ausführung der grausigen Tat, die glücklicherweise nicht den gewünschten Erfolg hatte. Die dem geöffneten Gashahn entströmenden Gase fanden nicht den Weg in das Zimmer der vier Kinder, die dort fest schliefen. Nur die Mutter selbst erlitt eine leichte Gasvergiftung. Am frühen Morgen wurde sie bewußlos von ihrer 12jährigen Tochter aufgefunden. Nur dem Umstand, daß die Anze-

saß eine etwa 40jährige Kriegerwitwe, der vorgeworfen wurde, sich des vierfachen Toterschuldigs gemacht zu haben. Die leidgeprüfte Frau litt an seelischen Depressionen, weil sie sich einbildete, daß überall mit Fingern auf sie gezeigt werde. In diesem gelähmten und körperlichen Zustand beschloß die Frau, zusammen mit ihren vier Kindern den Tod zu suchen. Am Abend schritt sie zur Ausführung der grausigen Tat, die glücklicherweise nicht den gewünschten Erfolg hatte. Die dem geöffneten Gashahn entströmenden Gase fanden nicht den Weg in das Zimmer der vier Kinder, die dort fest schliefen. Nur die Mutter selbst erlitt eine leichte Gasvergiftung. Am frühen Morgen wurde sie bewußlos von ihrer 12jährigen Tochter aufgefunden. Nur dem Umstand, daß die Anze-

saß eine etwa 40jährige Kriegerwitwe, der vorgeworfen wurde, sich des vierfachen Toterschuldigs gemacht zu haben. Die leidgeprüfte Frau litt an seelischen Depressionen, weil sie sich einbildete, daß überall mit Fingern auf sie gezeigt werde. In diesem gelähmten und körperlichen Zustand beschloß die Frau, zusammen mit ihren vier Kindern den Tod zu suchen. Am Abend schritt sie zur Ausführung der grausigen Tat, die glücklicherweise nicht den gewünschten Erfolg hatte. Die dem geöffneten Gashahn entströmenden Gase fanden nicht den Weg in das Zimmer der vier Kinder, die dort fest schliefen. Nur die Mutter selbst erlitt eine leichte Gasvergiftung. Am frühen Morgen wurde sie bewußlos von ihrer 12jährigen Tochter aufgefunden. Nur dem Umstand, daß die Anze-

klagte in ihrer Unlogik die Tür zum Kinderzimmer am Abend fest geschlossen hatte, war es zu verdanken, daß die Kleinen mit dem Leben davonkamen. Das Gericht billigte der verzweifelten Mutter weitestgehende Milderungsgründe zu und verurteilte sie zu sechs Wochen Gefängnis.

Dorfbewohner verprügelten einen Kassendieb
 Erbach (UP). Die Einwohner des Dorfes Rehbach im Odenwald haben einen Dieb gehörig verprügelt, weil er auf der Flucht seinen Hund auf die Verfolger gehetzt hatte. Zuvor hatte eine Achtzehnjährige den Beweis ihrer Tapferkeit geliefert, als sie den Dieb im Geschäft ihres Vaters — eines Lebensmittelhändlers — dabei überraschte, daß er die Ladenkasse stehlen wollte. Sie klammerte sich an der Jacke des Übeltäters fest und ließ trotz Faustschlägen und Hundebissen nicht los. Zwar konnte der Dieb aus seiner Jacke schlüpfen und sich befreien, aber die von den Hilfescreien des Mädchens herbeigerufenen Dorfbewohner stellten und überwältigten ihn. Der eintreffenden Gendarmerie blieb nur noch die Aufgabe, den mehrfach verbestraften Dieb aus Erbach, der auch in anderen Orten Ladendiebstähle begangen haben soll, in das Amtsgerichtsgefängnis Michelstadt einzuliefern.

Ein falscher Heimkehrer festgenommen
 Darmstadt (UP). Um seine Gläubiger zu täuschen, meldete sich der 39-jährige Forstdirektor Schneider aus Mörfelden im Landkreis Groß-Gerau beim Landratsamt als Heimkehrer aus russischer Kriegsgefangenschaft und ließ sich eine Kennkarte auf anderen Namen ausstellen. Als der Schwindel herauskam, wurde Schneider festgenommen und muß jetzt wegen falscher Beurkundung vier Monate im Gefängnis sitzen.

Ex-Chef der Hanauer Polizei verhaftet
 Hanau (UP). Die Strafkammer des Hanauer Landgerichts erließ gegen den zur Zeit außer Dienst befindlichen Hauptkommissar der Hanauer Schutzpolizei, Ludwig Hobein, Haftbefehl. Er wird beschuldigt, im Mai 1926 und im August 1928 sich Körperverletzungen im Amt schuldig gemacht zu haben. Der Haftbefehl wurde sofort vollstreckt.

Feuerwehr macht Jagd auf Wildschweine
 Ober-Ostern (UP). Ein Rudel Wildschweine überfiel die Muthausen des Dorfes Just in dem Augenblick, als die Feuerwehr sich zu einer Übung versammelt hatte. Zwei Stunden lang kämpfte die Feuerwehr erfolgreich gegen die Eindringlinge und schlug sie in die Flucht.

UKW-Sender auf der Hornsgründe
 Freudenstadt (UP). Die französische Besatzungsmacht hat die Hornsgründe zur Errichtung eines Ultrakurzwellen senders freigegeben. Durch die Freigabe der Hornsgründe wird das Naturschutzgebiet auf dem „Schliffkopf“ unangetastet bleiben.

Lest die Ettlinger Zeitung

Für die Frau

Kuriose Scheidungsgründe